Westen, Osten und die Ukraine, ein wirtschaftliches Spannungsfeld?

Mit dem sich Vermehren der Menschen hat sich das Wirtschaften über die Jahrtausende hinweg sichtlich verändert. Erfindungen, der technologische Fortschritt, aber auch die Organisation dessen was wir Wirtschaften nennen, tragen dazu bei dass die Prozesse die zum Überleben der Menschen notwendig sind immer komplexer und vielschichtiger wurden. Wir nennen die Institution welche eine zum Überleben der Menschheit organisatorische Verantwortung übernehmen soll, Politik. Auch diese organisatorische Aufgabe hat sich mit der Zeit stark verändert und wir stellen fest dass wir an einem Punkt angelangt waren wo sich, grob betrachtet, zwei verschiedene Modelle des Wirtschaftens auf unserem Planeten herausgebildet hatten. Vorübergehend natürlich. Denn auch diese Modelle sind dabei ihre eindeutige Ausrichtung zu verlieren und werden sich aktuell und in Zukunft neuen und anderen Herausforderungen stellen müssen. Wir könnten sie das « Vabanquemodell » und das « Planmodell » nennen. Vor noch nicht allzu langer Zeit haben wir oder unsere direkten Vorfahren diese beiden Wirtschaftsformen noch mit Kapitalistisch und Sozialistisch umschrieben. Wir werden heute mit den neuen gegebenen geopolitischen Umständen die Begriffe « Westwirtschaft » und « Ostwirtschaft » verwenden. Nun wissen wir dass, wer die Wirtschaft steuert, auch Macht ausübt. Dies umso mehr da heute eine echte Vermischung der ökonomischen Rezepte in der Westwirtschaft wie auch in der Ostwirtschaft stattfindet. In den frühen Neunziger Jahren wurde das Kommunistische Imperium mit seiner politischen und wirtschaftlichen Methodik für tot erklärt. Die nötige Argumentation dazu lieferte der amerikanische Politikwissenschaftler, Francis Fukuyama in seinem 1992 erschienen Buch «The end of history and the last man». Wir stellen heute fest dass China eine aufkommende wirtschaftliche und politische Macht und das angeblich dahingeschiedene Russland diese These der totgesagten Ostwirtschaft und der alleinherrschenden « Liberalen Demokratie als Endstadium der Geschichte » (Fukuyama) wieder sehr heftig in Frage stellen.

Aber kommen wir kurz zurück zu der Geschichte und fragen uns was es mit diesen beiden Systemen und deren Entwicklung auf sich hat. Starten wir vielleicht mit Plato und Aristoteles. Lange vor den uns noch familiären Begriffen, die uns meistens nur noch Parteipolitisch etwas sagen, wurde schon im alten Griechenland über eine eher zu leitende Gesellschaft oder eine eher diskutierende Gesellschaft als ideale Gemeinwesenform oder Staatsform nachgedacht. Wer meint dies sei weit hergeholt der sollte sich erinnern dass der christlich-soziale Pollitiker Jean-Claude Junker (er sagte auch er sei der letzte Kommunist) in mehreren Interviews erklärte dass er Politik und Staatskunst im Sinne Platos verstehe und mache. Das heisst, elitäre Führung und Leitung gewährleisten. Bei näherem Betrachten der, dem jeweiligen Camp, attestierten Begriffe kommt man dann auch erstmal ins Schliddern, besonders wenn man versucht diese Beschreibungen mit dem heutigen Szenario der Weltpolitik, mit im Hintergrund dem Ukrainekonflikt, abzugleichen.
Wir sind es vor Allem gewohnt dass das risikofreudige Westwirtschaftssystem und das Planende Ostwirtschaftssystem mit Adjektiven behaftet sind welche wir auf solche Weise verinnerlicht haben dass wir diese nicht mehr in Frage stellen. Kapitalismus reimt an erster Stelle mit Individualismus, Sozialismus mit Kollektivismus. Führen wir diese beiden Umschreibungen als Linien weiter und wenden sie auf die heutigen Weltpolitischen Gegebenheiten an, so werden wir uns mit folgenden kontradiktorischen Attributen konfrontiert sehen und feststellen dass das Schema nicht mehr so richtig funktioniert: Als Beispiele hierfür können wir folgende Begriffe zitieren: Also, Individualismus - Kollektivismus und dann Paternalismus - Kameradschaftlichkeit, Konservatismus - Progressivismus, Risiko - Geborgenheit, Elitarismus - Humanismus, Unilateral - Multilateral, Autoritär - Freiheitlich, Reaktionär - Fortschrittlich und schlussendlich würden wir sagen dass sich Demokratie und Totalitarismus als Oberbegriffe gegenüberstehen müssten. Wir stellen jedoch fest dass diese Begriffe absolut austauschbar geworden sind und eine eindeutige Zuordnung zu den jeweiligen Systemen nicht mehr möglich ist. Wer beansprucht demnach welche politischen Attribute im Westwirtschaftssystem und Ostwirtschaftssystem?

Der Punkt der zu Hinterfragen bleibt ist, wie es durch die Ausübung von wirtschaftlicher Dominanz möglich ist politisch Macht auszuüben um so seinen Einflussbereich besser unter Kontrolle zu haben oder noch auszuweiten. Wenn die politischen Entscheidungsträger, hüben wie drüben, ihre wirtschaftlichen Mechanismen einsetzen um einer dieser beiden Ziele zu erreichen und sie auf Schwierigkeiten stossen dies durchzusetzen, haben sie erst einmal innenpolitisch ein Problem. Abgesehen davon dass sie, hüben wie drüben, sehr Ungleich verteilt ist, ist die Versorgung oder die Grundversorgung der Bevölkerung erforderlich um eine Garantie für die Machterhaltung zu gewährleisten. Dies gilt aber auch für Wirtschaftskapitäne und andere Milliardäre. Wenn die

Machthaber nicht mehr auf die Unterstützung ihrer Bevölkerung oder ihrer Milliardäre zählen können, haben sie ein Problem. Aussenpolitisch kann dann der Versuch unternommen werden durch die Kreation eines Feindbildes und dessen Bekämpfung durch Gewaltanwendung, seine Position innenpolitisch wieder zu stärken. Der name hierfür ist « Krieg ». Dieser hat also grundsätzich auch wirtschaftliche Hintergründe welche natürlich zur Machterhaltung missbraucht werden und in erster Linie die Interessen derjenigen garantieren welche einen Mehrwert daraus ziehen können. Diese Strategien zur Machterhaltung werden dann auch sowohl vom Westen wie vom Osten angewandt. Nur der ideologische Diskurs, der bewusst seines intelektuell - reflektierten Inhaltes beraubt wird, wird auf Talkshowniveau geschraubt und taugt als Motivationskanone genauso im Westen wie im Osten. So wird es einerseits möglich Freiheit durch Totalitarität als Prozess zu argumentieren wie auf der anderen Seite dass Freiheit ein Recht auf Totalitarität darstellt. Wem was nun gerade passt ist zufällig und lässt sich bildlich an Personen wie Putin und Trump festmachen. In diesem Sinne ist die neuere Geschichte voll an Beispielen von Kriegen und Regimechange - Unterfangen welche genauso vom Westen wie vom Osten und repräsentativ von den jeweiligen Grossmächten durchgeführt worden sind. Auch wenn sie gegen internationale Regeln und Vereinbarungen verstossen haben blieben ihre Hauptdarsteller mehr oder weniger ungestraft, internationaler Gerichtshof hin oder her. Manche, wie Henry Kissinger, nachweislich ein Kriegstreiber, wurden sogar mit dem Friedensnobelpreis belohnt. Die provokante Frage ob Putin oder Trump, beide sind als Psychopathen betitelt worden, diese Auszeichnung einmal in Empfang nehmen können, sei erlaubt. Vielleicht wird es aber auch Xi Jinping sein der jetzt eine Vermittlerrolle übernehmen kann. Als dritter « Big Player » neben den USA und Russland, wäre China sicher daran interessiert sich über diesen Weg nicht nur wirtschaftlich zu profilieren sondern hätte zudem durch diese Intervention, einen psychologischen Vorteil um ihre Machtposition auszuweiten. Die NATO als verlängerter militärischer Arm der USA und als Verteidigungsorganisation des Westens würde in diesem Falle nur eine servile Rolle spielen. Sowieso wäre Europa als vierter im Bunde dieser « Championsleague » nur ein Punktelieferant, zumindest für den Osten. Um auf die Frage nach der wirtschaftlichen Dominanz zurückzukommen ist es natürlich von Bedeutung zu Wissen dass die Ukraine über enorme Reserven an Rohstoffen und über eine bedeutende Agrarwirtschaft verfügt, ausserdem Transitland ist für unverzichtbare Naturprodukte und Materialien für unsere hungrige Westwirtschaft und somit ein Objekt der Begierde darstellt, auch für die Ostwirtschaft.
Edgar Morin, der französische Soziologe und Philosoph, hat in einem Interview in der Zeitung Ouest-france vom 2 März 2022 zum Krieg in der Ukraine gesagt: « Il faut penser avant de s'indigner ». Er plaidiert in diesem Interview für eine differenzierte Sicht auf diesen Konflikt und bemüht ausser dem historischen und geopolitischen Kontext auch die Gefahren der wirtschaftlichen Aspekte. Damit meint er die existente Situation sowie die zu nehmenden Entscheidungen in Bezug auf eventuelle Sanktionen gegen Russland. Vor diesem Hintergrund sieht er die Neutralität der Ukraine (Beispiel Schweiz) als gangbaren Kompromiss und als Ausweg aus der jetzigen Situation.

Ein Fazit, nach Morin, wäre dass eine dezente Versorgung der Menschen und eine damit einhergehende Vermeidung von Konfliktpotential nur garantiert werden kann wenn die Wirtschaft den Menschen wirklich dient. Als Protagonisten der Solidarwirtschaft haben wir die Losung « Wir müssen die Wirtschaft demokratisieren » verfasst. Wir sollten präziser sein und es sollte heissen « Wir müssen die Wirtschaftssysteme (man bemerke den Plural) demokratisieren ».

Romain Biever
Präsident vom Institut Luxembourgeois de l'Economie Solidaire (ILES)
www.iles.lu